

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Bevoll. Betriebsänderung Streif uln erlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 40 Pfg., Zusatztabelle 50 Pfg., für Aufträge von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Laubend, zuzüglich Postgebühr; Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 139

Donnerstag, den 24. November 1932

34. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung

am Freitag, den 25. Nov., abends 8 Uhr, im Rathsaule.

Tagesordnung

1. Vorlesung und Genehmigung der letzten Niederschrift,
2. Wahl von 2 Mitgliedern des Sparkassen-Vorstandes auf Grund der neuen Sparkassenstatuten,
3. Nachmalige Beschlußfassung zur Trennung des Kirchen- und Schulamts,
4. Grundstücksverpachtung,
5. Remittenznahmen,
6. Wahl von Krümmern für die Elektrizitätswerkstättenrechnung 1931.

Erkennungsbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlasskarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlasskarten sind ungültig.

Kemberg, den 21. November 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

H. Lubley.

164]

Am 1. Dezember findet eine

Biehzählung

statt.

Die Zählungsergebnisse dienen volkswirtschaftlichen und statistischen Zwecken. Wir bitten die Viehhalter, den mit der Zählung Beauftragten genaueste Auskunft zu geben. Viehpferdmeldungen sind strafbar.

Kemberg, den 22. November 1932.

Der Magistrat.

165]

Nachdem die Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorlages „Würgerblock“ vom 20. Dezember 1928 als Mandatgeber für das auscheidende Magistratsmitglied Otto Schäfer durch schriftliche Erklärung vom 18. November 1932 den Oberverwalter a. D. Otto Schäfer bestimmt hat, wird hierbei gemäß §§ 9 Absatz 1 Satz 4, § 8 Satz 5, § 6 Absatz 1 und § 6 Absatz 8 des Gemeindewahlgesetzes vom 12. Februar 1924 als Ersatzmann für das ausgeschiedene Magistratsmitglied Otto Schäfer festgesetzt.

166]

Gegen die Gültigkeit der Bestimmung bzw. Festsetzung des Herrn Otto Schäfer als Ersatzmann kann jeder Wahlberechtigte gemäß § 6 Absatz 3 binnen 2 Wochen nach Ergehen dieser Bekanntmachung bei dem unterzeichneten Magistrat Einspruch erheben.

Kemberg, den 21. November 1932.

Der Magistrat.

Hitler erneut bei Hindenburg

Er soll Möglichkeiten der Regierungsbildungen feststellen.

Berlin, 21. November.

Der Reichspräsident empfing gestern vormittag erneut Adolf Hitler. Über diese Besprechung wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, hat der Herr Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der stärksten Partei des Reichstages erkannt, ihm zuzustimmen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitstüchtige Mehrheit mit einbezieltem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Herr Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ergehen dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich zu übermitteln.

Bei diesem Empfang waren außer dem Parteiführer Hitler auch Reichstagspräsident Göring, ferner Hitlers persönlicher Adjutant Oberleutnant Brüdnier, der Reichssekretär Dr. Dietrich und der Parteigenosse Scheub anwesend. Die Unterredung dauerte etwa 20 Minuten, dann begab sich Hitler mit seiner Begleitung in das Hotel „Der Kaiserhof“ zurück.

Die präsidentialen Vorbehalte

Wie verlautet, hat Reichspräsident von Hindenburg den Auftrag an Adolf Hitler von folgenden fünf Punkten abhängig gemacht:

1. Die besondere Zusammenfassung des Kabinetts bedarf der Zustimmung des Reichspräsidenten.
2. Befähigt sich der Reichspräsident das Recht besonderer Einwirkungen auf das Reichswehr- und das Außenministerium?
3. Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms.
4. Gewähr dafür, daß keine Rückfälle zum Dualismus in Reich-Preußen erfolgt.
5. Keine Aenderung oder Abmilderung des Artikels 48.

Rückfragen Hitlers

Die Antwort Adolf Hitlers ist Montagabend 20 Uhr in Form eines Briefes an den Staatssekretär Dr. Meißner

in Büro des Reichspräsidenten überreicht worden. Der Abdruck des Briefes gingen, wie die Reichspressehefte der NSDAP, mittel, eingehende Besprechungen Hitlers mit den führenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens voraus. Der Brief enthält eine Reihe von Rückfragen, die voraussichtlich im Laufe des Dienstags beantwortet werden.

Schwierigkeiten der Lage

Pessimismus im Lager der NSDAP.

Berlin, 23. November.

Dem Führer der NSDAP wurde bereits am frühen Nachmittag die Antwort Hindenburgs auf seinen Fragebogen überreicht. In dieser Antwort wurden die Vorträge gefährt, von deren Beantwortung Hitler Annahme oder Ablehnung des Auftrags zu offiziellen Verhandlungen mit den Parteiführern abhängig machen wollte.

Die Antwort ist in durchaus freundlicher Zone gehalten. Sie erklärt erneut die Wichtigkeit des Reichspräsidenten, doch Hitler die Möglichkeit einer parlamentarischen Reichsregierung herbeizuführen. An ein Präsidialkabinett unter Hitlers Führung war nicht gedacht worden. Außerdem wird zum Ausdruck gebracht, daß der Reichspräsident eine möglichst rasche Lösung der Krise wünscht.

In Kreisen der NSDAP regte sich eine pessimistische Auffassung über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung unter nationalsozialistischer Kanzlerschaft. Man äußerte die Meinung, daß eine solche Möglichkeit eventuell am Widerstand der Deutschnationalen gegen ein parlamentarisch abhängiges Kabinett scheitern könne. An sich würde zwar zur Mehrheitsbildung im Reichstag die Zusammenfassung von NSDAP, Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Deutscher Volkspartei genügen, eine Regierung, die von den insgesamt 584 Reichstagsmitgliedern 297 auf sich vereint. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, soll auch erklärt haben, daß er sich unabhängig von der Haltung der Deutschnationalen durchaus freie Hand in der Frage der Regierungsbildung vorbehalte, dennoch könne es sein, daß die konstitutionelle Gewerkschaft gegen ein abermalig parlamentarisch gebundenes Kabinett nicht nur auf die Deutsche Volkspartei, sondern auch auf andere maßgebende Stellen im Sinne des Nichtzustandekommens einer Reichsregierung Hitlers einwirken könnte. Als Argument gegen diese pessimistische Auffassung wird in Kreisen der NSDAP vor allem darauf hingewiesen, daß jetzt immer mehr klar geworden sein müßte, daß auf die Dauer ohne oder gegen die NSDAP eine Reichsregierung kaum möglich sei, zumal anzunehmen wäre, daß im Falle des Scheiterns einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung die NSDAP wieder in die stärkste Opposition gehen würde.

Unter Hinweis auf den zweimaligen Empfang des früheren Reichsbrandpräsidenten Dr. Schacht bei Adolf Hitler ist zu betonen, daß neben der Befassung des Volkstheaters das Wirtschaftsprogramm im Vordergrund der Bemerkungen um die Neubildung einer Reichsregierung stehen. Dabei scheinen auch die Nationalsozialisten der Meinung zu sein, daß man nicht durch sofortige Aufhebung der vom Kabinett von Papen erlassenen Vorverordnungen Beurlaubung in die Wirtschaft bringen könne. Wohl aber glaube man, die Papenischen Verordnungen ergänzen und ändern zu müssen. Hier deutet sich die Hauptbedingung an für die Vorsehandlungen mit dem Reichspräsidenten an. Sollten alle Schwierigkeiten dennoch überwunden werden, so legen die Nationalsozialisten nach wie vor Wert darauf, daß der von ihnen vorgezogene Reichskanzler, sei es nun Adolf Hitler oder eine andere Persönlichkeit, zugleich preußischer Ministerpräsident werde im Interesse einer erwünschten Homogenität der Verhältnisse zwischen Reich und Preußen. Hier entsteht allerdings eine neue Schwierigkeit, da die Bayerische Volkspartei erklärt hatte, niemals zu einer derartigen Veranlassung ihre Zustimmung zu geben.

Erteilungnahme der Reichsregierung

In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, wendet man sich mit Entschiedenheit gegen die zahlreichen Pressefalschungen, die in den letzten Tagen im Zusammenhang mit den Erörterungen über die politische Lage gebracht worden sind, und die man als Verleumdungen eines Mißtrauens gegen das Verhalten des Reichspräsidenten und der Reichsregierung ansieht.

Vor allem handelt es sich dabei um die Behauptungen über die Rolle, die Reichskanzler von Papen gespielt haben soll. Es wird u. a. behauptet, der Kanzler habe seinen Rücktritt nur erklärt, weil er durch die Strömungen im Kabinett dazu gezwungen gewesen sei. Dagegen wird von zuverlässiger Seite festgestellt, daß der Reichskanzler unmittelbar nach den Wahlen den Entschluß zum Rücktritt gefaßt hat, daß er die Demission des Kabinetts antreten würde, wenn seine Befähigung für eine Weiterleitung der Regierungsbildung diesen Entschluß hat er, wie erinnerlich, auch in seiner Ansprache am Dienstag nach der Wahl vor den ausländischen Journalisten zum Ausdruck gebracht.

In der entscheidenden Kabinettsitzung am 17. November hat der Kanzler als erster den Vorschlag der Gesamtdemission des Kabinetts gemacht und dementsprechend dann auch am Nachmittag des 17. dem Reichspräsidenten Vortrag

gehalten und ihn überzeugt, daß die Gesamtdemission des Kabinetts der einzige Weg zur nationalen Konsolidation sei. Auch die Beauftragung des nationalsozialistischen Führers Adolf Hitler geht auf die Anregung des Reichskanzlers von Papen zurück.

Ebenso wie die verschiedenen Kombinationen über den Reichskanzler werden auch die in der Presse gemachten weiteren Behauptungen über

die Reihe „ostpreussischer Junker“ zum Reichspräsidenten als erfunden bezeichnet. Weder Kammerherr von Oldenburg, Januschow noch Herr von Berg, Martiensberg noch Freiherr von der Osten sind

zu Besprechungen mit dem Reichspräsidenten nach Berlin gekommen, noch sind sie irgendwo eingeladen worden oder haben sich auf andere Weise mit dem Reichspräsidenten in Verbindung gesetzt.

Was die Kommentare zu dem Auftrage des Reichspräsidenten an Hitler betrifft, ist in denen kritisiert wird, daß dieser Auftrag an Präsidialbedingungen geknüpft sei, die neu und überraschend seien, so wird dazu in Regierungskreisen festgesetzt.

daß diese Bedingungen des Reichspräsidenten sich nur auf allgemeine Punkte beziehen und im wesentlichen lediglich eine Unterfischung von Selbstverpflichtungen darstellen, da sie Dinge betreffen, die sich aus der Verfassung eigentlich von selbst ergeben.

Im übrigen ist es sowohl beim Reichspräsidenten von Hindenburg als auch bei seinem Vorgänger, jedesmal üblich gewesen, bei einer Neubildung der Regierung gewisse Bedingungen zu geben und Grenzen zu ziehen.

Der „Angriff“

nimmt zu den Bedingungen Stellung, die der Reichspräsident an seinen Auftrag an Hitler geknüpft habe, und meint unter Bezugnahme auf diese, es sei nicht klar, weshalb eine präsidiale oder eine parlamentarische Regierung gebildet werden sollte. Parlamentarische und präsidiale Elemente seien durcheinandergemischt und ließen das Ganze undurchsichtig erscheinen. Beispielsweise könne das Verlangen nach künftiger Ausschaltung des Dualismus zwischen Reich und Preußen nur von einer präsidialen Regierung, nicht von einer parlamentarischen garantiert werden. Man müßte es als einen Konstruktionsfehler bezeichnen, wenn von einer parlamentarischen Regierung, wie sie Hitler ja bilden sollte, eine derartige Garantie gefordert werde. Den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten entpöndre es ferner, daß der Reichskanzler bei der Zusammenlegung seines Kabinetts in personeller Hinsicht freie Hand habe. Diese Freiheit solle aber Hitler entzogen werden. Die Forderung nach Vorliegen eines Wirtschaftsprogramms sei eine Selbstverständlichkeit und die NSDAP, warte ihre Ziele schon lange auf die Möglichkeit, das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Tat umzusetzen. Das Wört „Alles in allem sieht man, daß schon der Verzicht der Ausführung aller dieser Bedingungen den Auftrag Hindenburgs an Hitler in dieser Form undurchführbar machen würde.

Mehrheits- oder Präsidialkabinett?

Nach dem Wunsche des Reichspräsidenten wird Hitler sich wohl jetzt entscheiden müssen, ob er den Versuch einer Mehrheitsregierung unternimmt.

Es haben auch schon Verhandlungen mit dem Zentrum durch Beauftragte Hitlers stattgefunden. Weiterhin hat nach Bitterfeldens Mitteilung der Herzog von Coburg den Deutschnationalen Parteiführer Hugenberg angefordert. Auch der frühere Reichsbrandpräsident Dr. Schacht hat Dr. Hugenberg einen Besuch abgestattet.

Man nimmt in politischen Kreisen an, daß diese Besuche den Bemühungen einer Annäherung der beiden Parteien dienen sollten. Über den Inhalt der Besprechungen wird keine Mitteilung gemacht.

Sollte der Führer der NSDAP, den Auftrag des Reichspräsidenten zurückgeben, dann dürfte Hindenburg wohl den Zentrumsführer, den Prälaten Kaas, eruchen, daß dieser den Versuch zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung machen soll. An ein Gelingen eines solchen Versuches glaubt man in politischen Kreisen im allgemeinen nicht.

Als weitere Möglichkeit rückt dann die Frage eines Präsidialkabinetts in den Vordergrund der Erörterungen. Bei einer solchen Neubildung sind die Deutschnationalen besonders schwierig, weil die zu beteiligenden Männer nicht nur das Vertrauen des Reichspräsidenten genießen, sondern auch angesichts der schwierigen Stellung, die ein neues Präsidialkabinett gegenüber dem Reichstag haben würde, von besonderem moralischen Gewicht sein müßten.

Wenn jetzt schon alle möglichen Männer für die Führung eines solchen neuen Präsidialkabinetts genannt werden, so deutet das auf die Entwicklung weit voraus. Zunächst wäre noch eine ganze Reihe von politischen Verhandlungen in den nächsten Tagen notwendig, die auch die Nationalsozialisten nach wiederholt vor Entschärfungen stellen dürften.

Mietzahlungen durch Fürsorgeverband

Der preußische Wohlfahrtsminister hatte in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß es dem wohlverstandenen Interesse der Mieter, der Hauseigentümer und auch der Bezirksfürsorgeverbände entspreche, mehr als bisher Mietbeihilfen an den Vermieter zu zahlen, zumal zweckmäßige Verwendung von Mietbeihilfen den Fürsorgeverband nötigen könne, drohende Räumungen durch Uebernahme von Mietverhältnissen abzuwenden. Diese Empfehlung gilt, wie ein neuerlicher Erlass betont, nicht nur für die arbeitslosen Mietbeihilfen, die durch den inzwischen wieder aufgehobenen Fortfall der Hauszinssteuerfindung erforderlich geworden waren, und für Nichtzinsüberreitungen, die aus Anlaß von Miete nötig werden, die den für den Wohnbedarf bestimmten Teil des Richtmaßes übersteigen. Vielmehr ist die unmittelbare Zahlung der öffentlichen Unterstützung an den Vermieter hinsichtlich des ganzen Betrages zulässig, der innerhalb des Richtmaßes und bei Nichtzinsüberreitungen darüber hinaus zur Abgeltung der Miete bestimmt ist.

Wohnungsfürsorgefonds und Kriegshinterbliebenen. Im Einvernehmen mit dem Reichsanwaltschaftsamt hat der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß im Falle des Todes des Wohnungsinhabers grundsätzlich von einer Kündigung des Ergänzungswohnens abgesehen werden soll, wenn die Hinterbliebenen die Wohnung weiter bewohnen. Von dem Grundsatze, daß im Falle des Todes des Wohnungsinhabers nicht getündigt werden soll, wird nur in begründeten Ausnahmefällen abgesehen sein. Im Falle der Kündigung bei dem Tode des Wohnungsinhabers kann die Rückzahlung des Ergänzungswohnens in Teilraten zugelassen werden, die den wirtschaftlichen Verhältnissen des Schuldners angepaßt sind, wenn dieser anderenfalls nachweislich in eine finanzielle Lage gedrängt würde. Geht er zu Grunde, so soll die Rückzahlung der Miete gestoppt werden.

Schützt die Ställe vor Zug und Kälte. Der Viehhalter sollte nicht veräumen, die Ställe auf Zug- und Kälteeindringung zu beobachten, denn ein warmer Stall schützt sein Vieh vor vielen Krankheiten. Ist ein Stall zu groß und doch nur genügend warm zu sein, sollte er mit wärmeisparendem Heu, Stroh oder Laub umkleidet werden. In kalten Ställen veranlaßt das Vieh den Futter hauptsächlich zur Erhaltung seiner Körperwärme. Auch soll ein Stall, trotzdem er im Winter nicht so oft wie im Sommer gereinigt zu werden braucht, sauberkeit aufweisen, Schmutz ist immer der Herd für Krankheiten aller Art.

Die Faltung des Erben. Wird eine Erbschaft übernommen, gehen auch die Schulden und Verpflichtungen des Erblassers auf den Erben über. Eine Beschränkung der vollen Haftung ist allerdings durch Abänderung des Nachlassgerichts hinsichtlich des Vieh der Forderung hauptsächlich zur Erhaltung seiner Körperwärme. Auch soll ein Stall, trotzdem er im Winter nicht so oft wie im Sommer gereinigt zu werden braucht, sauberkeit aufweisen, Schmutz ist immer der Herd für Krankheiten aller Art.

Wiesfällung. Am 1. Dezember d. Js. findet auf Anordnung der Reichsregierung eine Wiesfällung statt die sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere, Maultier und Gsel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Ferkel und Bienensäfte erstreckt. Gleichzeitig wird in Preußen eine Fällung der Kainigen und der in den Monaten September, Oktober und November 1932 geborenen Käber durchgeführt. Die Fällung ist sowohl für die Landwirtenschaft als auch für agrar- und ernährungspolitische Maßnahmen der Regierung von großer Bedeutung. Die Agrartrier und die sich aus ihr ergebenden Pläne zur Umstellung auf Veredelungswirtschaft machen es dringend nötig, daß nicht nur der Umfang, sondern auch der Aufbau des Viehstandes zuverlässig festgelegt wird.

Auch in diesem Jahre nur deutsche Weihnachtsbäume! Die Einfuhr von Tannen, Fichten- und Kiefernpflanzen und ebenso von Weihnachtsbäumen und Schmuckreisig usw. bleibt auf Grund der Verordnung zur Verhütung der Einschleppung von Krankheiten der Nadelholzpflanzen verboten. Wir brauchen auch keine Einfuhr. Der deutsche Wald ist reich genug, um den Bedarf an Bäumen zum Heiligen Fest zu decken. Unter echten deutschen Weihnachtsbäumen werden wir auch in diesem Jahre das alte deutsche Fest der Christnacht feiern können.

Vertichtigung. Herr Schirmer begehrt nicht seinen 88. sondern 80. Geburtstag. Der Druckfehlerleutel hat das Geburtsaktendatum geändert als es ist.

Gründung der Interessengemeinschaft der Siedler in Mitteldeutschland. Infolge der unerträglichen Not der Siedler hat am Sonntag in Halle ein Zusammenstoß der Siedler Mitteldeutschlands stattgefunden, um durch gemeinsames Vorgehen dem Zusammenbruch der Siedlungen Einhalt zu gebieten. Die überaus hart bedrückte Verarmung bedrängte den Vorstand, eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen an die Landtage und den Reichstag weiterzuleiten. Alle Siedlervereine, die sich dem gemeinsamen Vorgehen der Interessengemeinschaft anschließen wollen, werden gebeten, ihre Anschriften dem Vorstand der Interessengemeinschaft der Siedler in Mitteldeutschland, Sitz Remberg, Bezirk Halle, anzugeben.

Wittenberg, 21. November. Unvorsichtig behandelt hat in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ein junger Arbeiter aus Döberritz, dem aus dem Meißner „Königs Garten“ gelegentlich das am Sonnabend beschlagnahmte festes eines hiesigen Sportvereins ein neues Fahrrad eingehandelt worden ist. Der Verstoß nahm kurz darauf ein anderes dort stehendes Fahrrad mit und verbrannte. Er hatte jedoch vorher einen Arbeitskollegen davon in Kenntnis gesetzt, daß er das Rad nur benutzen wollte, um nach Hause fahren zu können. Nach Feststellung seiner Personalia und Klärung der Sachlage wurde der unbekanntene junge Mann wieder entlassen.

Witterfeld. Die Aufsichtsstellebehörde hat die Realzweckmäßigkeit der Grundbesitzmäßigkeit und Wohnzweckmäßigkeit bis zum Bundesbeschlusseinstieg erhöht, da die künftigen Körperbesitzer zum Abwehr des Hausbesitzbesitzes keine Beschlüsse gefaßt haben. Der ungewisse Festbetrag für das laufende Rechnungsjahr beträgt etwa 430 000 Mark, der sich aber noch dadurch erhöht, daß die A. G. Farben-Industrie für 1932 von der Gewerbesteuer freigestellt wurde.

Eilenburg. Ein Schutz- und Sicherheitsdienst wird hier im Einvernehmen mit dem Magistrat

Der Krieg nach dem Kriege

Eine Bilderchronik aus Revolution und Inflation von Willy Stiewe

Preis: RM 3,20

Erhältlich bei **Richard Arnold, Buchhandlung**

gebildet. Durch ihn sollen Gebräute, Fabrikanten, Geschäftleute, Lagerplätze usw. mehrmals in der Nacht kontrolliert werden, gegen das Überhandnehmen von Geldern und Inflationsanmaßen ist am Tage ein Treibendendienst vorgesehen. Im Abwesenheit der Bewohner wird ein Reife, Urlaubs- und Sonntagdienst für verlässliche Ueberwachung der Wohnungen sorgen. Der Dienst wird ausschließlich von ehemaligen Reichswehrangehörigen ausgeführt.

Menterei in der Gefängniszelle.

Grüßenhainden. Fünf junge Leute waren beim diesjährigen Himmelfahrtfest mit einem Bootsvorleiter in Streit geraten, da sie das Ruder eines Bootes abgebrochen hatten. Der herbeigerufene Landjäger nahm die fünf Jungen fest und brachte sie nach dem Gefängnis. Aber auch hier fehlten sie keine Ruhe, sondern brachen mit verzweifelten Kräften in die Zellentür ein Loch und versuchten, auszureißen. Aber bereits im Vorgarten wurden sie vom Landjäger wieder erwischt. Das Gericht verurteilte drei der Radaubruder wegen Menterei zu je sechs Monaten Gefängnis; die beiden anderen erhielten wegen Gefangenbefreiung je vier Monate Gefängnis. Jetzt hatte sich die Strafkammer Halle als Berufungsinstanz erneut mit dem Vorfall zu befassen. Das Urteil gegen die ersten drei wurde dahin abgeändert, daß ihnen drei Jahre Bewährungsfrist mit Aufsicht auf Straßenzug zubilligt wurden.

Zehn Siedlungen bezogen.

Greppin. Die Stadt Greppin hat den ersten Teil ihres Bauvorhabens im Wege der Stoffabrandung beendet. Zehn Wohngebäude sind errichtet und bezogen worden. Da jedes Grundstück 600 bis 650 Quadratmeter groß ist, erhält jeder Siedler noch ein größeres Stück Land zur Nutzung. Weitere Siedlungsbauwerke sind bereits in Angriff genommen worden.

Beide Fahrzeuge waren unbeschadet.

Kleinmühlungen (Sr. Galbe). In der Dunkelheit fuhr ein Motorradfahrer auf einen Pfahl auf, der an ein Pferdehufeisen angehängt war. Der Motorradfahrer blieb beim Unfall liegen und wurde später schwer verletzt in das Schönheider Krankenhaus gebracht. Unverantwortlich ist es geradezu, daß, wie man festgestellt hat, sowohl der Motorradfahrer, als auch das Pferdehufeisen unbeschadet geblieben sind. Das Geschick ist unerwartet entkommen.

Anhalt will den Freiwilligen Arbeitsdienst ausbauen. Dessau. Das anhaltische Staatsministerium soll beabsichtigen, den freiwilligen Arbeitsdienst noch weiter zu vergrößern. Es ist geplant, in Zerbst, Köthen und Hundsluft drei neue Lager zu schaffen. Die drei Lager sollen teils mit Straßenbauern, teils mit Metallrationalen beschäftigt werden.

Zu der Wärfers Eierindustrie.

Wärfers bei Dessau. Wie wir zu der Wärfers Mittel noch erfahren, war der Vater, der 21 Jahre alte Schuhmacher H. u. H., sehr eifertätig auf seine Frau. Die Eheleute sind erst kurz verheiratet, und der Ehemann ist unter der Jagdvorstellung, daß seine Frau zu anderen Männern freundlich sei, als zu ihm. Diese heftige Spannung wirkte ein wesentlicher Grund zu der Tat sein. Frau H. u. H. wurde durch zwei Schüsse am Hals und im Gesicht schwer verletzt, dagegen sind die Verletzungen, die H. u. H. selbst erlitt, bedeutend leichter Art, als es zuerst den Anschein hatte.

Gentfener Mord vor der Aufklärung. Drei Verhaftungen.

Gentfener. Der Mord an der Witwe Mäfer scheint vor der Aufklärung zu stehen. Nach Mitteilung der Kriminalpolizei kommen drei Täter in Frage, und zwar Willi Meißner (genannt Grabhoff), Willi Träger und Willi Bartels. Als die Polizei zur Verhaftung schreiten wollte, waren Meißner und Träger bereits entflohen. Die sofort angestellten Nachforschungen hatten Erfolg. Die Flüchtigen konnten kurz vor dem Ausbruch der politischen Grenze festgenommen werden. Sie befinden sich beide auf dem Transport nach Gentfener. Auch der Wärfers Bartels wollte sich durch Flucht der Verhaftung entziehen. Er konnte aber gleichfalls am Montag mitlag verhaftet werden.

Schwierige Finanzlage der Gemeinde Lenna.

Lenna. In der Sitzung der Gemeindeverwaltung wurde gegen die Erhebung der 500prozentigen Bürgersteuer Einspruch erhoben. Der Gemeindevorsteher erklärte demgegenüber, daß die Gemeinde Lenna 1933 nicht in der Lage sein werde, den Haushaltsplan aus eigenen Kräften zum Ausgleich zu bringen. Ferner kündigte er an, daß mit der Erhebung der Grundbesitzsteuer von 250 auf 200 Prozent im nächsten Jahre zu rechnen sei. Zu dem Modernisierungsprojekt im Ortsteil Kr. L. w. H. hat die Ausbarmachung von 80 000 Quadratmetern Obelisk im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes vorzuziehen, erteilen die Gemeindevorsteher ihre Zustimmung.

Hilfskollektive als Ermittelungsanstalt.

Greppin (Sr. Witterfeld). Die Wohnungsdienst, die man durch die Stadtratsverwaltung in Kürze zu beheben hofft, hat es jetzt mit sich gebracht, daß eine ermittelte Familie in einer von der Polizei beschlagnahmten Hilfskollektive untergebracht wurde. Der Schulvorstand hat hiergegen Einspruch erhoben.

Ramin (Sr. Witterfeld). 1000 Zentner Stroh verbrannten in der Nacht zum Montag in einem Strobdamm der Siedlers Kammegieser. Es wird Brandstiftung vermutet.

100 000 Mark Schaden durch Brandstift.

Wärfers. Festgenommen wurde der Einwohner Reinhold Wärfers aus H. u. H., der mit zwei noch flüchtigen Komplizen die drei Brandstiftungen in H. u. H. und Wärfers begangen hat. Er ist zu drei Jahren Gefängnis mit Strafbüßen in der Wärfers gefaßt, indem sie einzeln von außen her angezündet haben. Nur in einem Fall sind die Verbrechen in das Innere der Scheune eindringend

gen. Durch ihre werberische Tat beabsichtigten die Brandstifter die entzündende Verwirrung zu vergrößern zu benutzen. Der durch die Brandstiftungen insgeheim angerichtete Schaden wird auf rund 100 000 Mark geschätzt.

Kommunistische Gemeindegastliche Dienstleistungen.

Merseburg. Die Dienststrafkammer bei der Regierung in Merseburg beurteilte mehrere Personen, die bei den Gemeinden Ummendorf, Büchelben, Lützen, Duerfurt, Bitterfeld und Hettstedt tätig waren und die sämtlich der SPD angehören, zur Amtsenthebung wegen Unflörderung zum Steuertritt. Weiter wurde der Dienststrafkammer ein Lehrer aus Schöneleben wegen Amtsenthebung zur Dienstleistung beurteilt. Ein Teil seines Ruhegehaltes wurde ihm auf fünf Jahre belassen.

Goslar (Sr. Merseburg). Bewußtlos im Bett zu liegen und es wurde die Wärfers Hausangehörige eines Landwirts. Sie hatte verfaßt, sich den Hals mit Bindergewebe zuzuschneiden. Nach mehrstündigen Wiederbelebungsversuchen gelang es aber, die Lebensmilde ins Bewußtsein zurückzuführen. Schwermut und Liebesummer sollen der Grund zur Tat sein.

Großen (Efter). Dem achtjährigen Ernst Grimmer, Sohn des Schlächters Grimmer, der bei der Reparatur eines auf der Landstraße liegenden Autos mitnahm, fuhr ein schwerer Lastzug aus Bremen über den Kopf als der Bunge gerade einen Scheibenknirsch aufheben wollte. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Laucha a. d. U. Nach zehn Metern Höhe führte der Arbeiter Erich Triebe aus Freyburg a. d. U. in der Zuckerfabrik Laucha ab. Er überließ sich mehrmals während des Sturzes und erlitt schwere Verletzungen, die seine Lebensführung nach dem Raumburger Krankenhaus nötig machten.

Das Dunkel geist ihnen nicht.

Esfurt. Während der Verbauung der Stadt Esfurt am Montag aus Anlaß der Zufußführung verarmelten sich Kommunisten an mehreren Stellen der Stadt. Die meisten verließen sich auf den Versuch, Geldmittel anzuschaffen. Eine Plakatschule wurde in Brand gefaßt. Mehrfach hörte man auch den Ruf: „Wir wollen keinen Krieg!“ Zwei Personen wurden festgenommen.

Der Schwinder in der Nachtschleiferuniform.

Auerfart. Als ein frischer Schwinder entpuppte sich ein junger Mann, der vor einigen Wochen von Haus zu Haus ging und für den „Brandenburgischen Sicherheitsdienst“ warb. Der Schwinder trug dabei eine Uniform nach Art der Wap- und Schlieffensoldaten. Er lieferte auch „Beiträge“, die natürlich verloren sind.

Pfelespar geht in den Tod.

H. u. H. (Mansfelder Gegend). Durch Einmischen von Vergiftung verübten ein Wärfers Arbeiter und ein 17jähriges Mädchen in der Wohnung der Eltern des Mannes Selbstmord. Nach hinterlassenen Briefen soll Viehschmutter der Grund zur Tat sein.

Fünfjährige Ein-erhebe unerschütterlich gemacht.

Althaldensleben. Eine fünfjährige Ein-erhebe wurde hier ermittelte, die wochenlang die Ortschaft des Neubaldenslebener Kreises in Unruhe versetzte. Sämtliche wurden nachts von einer Landjägertruppe in einer Scheune des Rittergutes Kleinandelsleben überfallen und umzingelt, als sie gerade beim Getreidebreiten waren. Zwei Dicken gelang es jedoch, in der Dunkelheit zu entkommen, während drei der Bürgen mit vorgehaltener Wille verhaftet werden konnten. Die beiden Flüchtlinge, die ihre Käber zurückgelassen hatten, wurden schon am folgenden Morgen

aus den Wärfers heraus beschloß.

Alle fünf Beteiligten sind aus Althaldensleben. Durch die Festnahme der Bande dürften etwa 80 Diebstahle aufgefährt worden sein, die in der Umgebung ausgeführt worden sind. Man glaubt, daß es sich im ganzen um 100 Zentner Getreide handelt, das von den Dieben gestohlen und gedroschen worden ist. Ein Mitglied der Bande fuhr auf seinem Motorrad die umliegenden Ortschaften ab, um beschuldigten zu Diebstählen auszuforschen. Weiter hatten die Festgenommenen einen Raub der 11 auf eine Kaffeezerit geplant, durch den sie auf eine Beute von 4000 Mark hoffen.

Schönbäumen (Eibe). Von der Weide wurden dem Landwirt Wille zwei wertvolle Fuchshühner im Gemischt auf fünf bis sechs Zentnern gestohlen. Die Tiere wurden auf einen Kralwagen geladen und fortgeschafft. Man vermutet, daß die Diebe die beiden Tiere auf Märkten der Umgebung anbieten werden. Die Polizei erludt um entsprechende sachdienliche Mitteilungen.

Neues aus aller Welt

Roziza in der Berliner Unterwelt. Eine folgenschwere Schiebererei in Kreisen der Berliner Unterweltvereine hatte die Kriminalpolizei ebenfalls in einigen Verhaftungen der Unterweltvereine eine Roziza durchzuführen. Ueberwachendermelle erkliden im Sozial Reichsrate hat ein größeres Polizeiaufgebot, wo getrennt voneinander die Unterweltvereine „Zenitum“ und „Treu Brüder“ tagten. 60 Mitglieder wurden festgenommen, und drei von ihnen, gegen die ein Strafverbot vorlag, festgenommen. Auch in anderen Orten wurde die Roziza durchgeführt. Man hatte es vor allem darauf abgesehen, den Verein „Ammeritz“ bei einer Tagung anzutreffen, jedoch scheint die Roziza vorher zerfallen zu sein, denn als die Polizei im Verhaftesofal des Vereins „Ammeritz“ ergriffen, war keine der Mitglieder anwesend.

Gehemnisvoller Selbstmord. Ein etwa 20 Jahre alter deutscher Tourist, dessen Personalia unbekannt sind, verübte auf der Simeger Burgruine in Ungarn Selbstmord durch Erhängen. Bei der Leiche fand man die Biographie eines Mädchens mit der Aufschrift: „Dane Dich kann ich nicht leben.“ Thomas Hearch.“ Ferner hatte der Selbstmörder aufgeschrieben, daß er keine Partnerin verloren habe und keine Verwandten besitze.

Die Wirtschaftliche in Polen. Die registrierte Scheitler und Grundmann in Lodz haben die Arbeit eingestellt, wodurch 5000 Arbeiter bräutlos worden. Man hofft die Arbeit in kurzer Zeit bei einer Lohnentzuna von 10 bis 15 Prozent wieder aufnehmen zu können.

Ueber 2000 Stück Vieh durch Hagelgeschlag getötet. Bei Anem über Transpaal niedergebenden heftigen Gewitters, das von schwerem Hagelgeschlag begleitet war, wurden 2000 Stück Vieh durch Hagelgeschlag und rund 80 Ziegen getötet. Die Hagelkörner schlugen so mächtig auf, daß sie sich tief in die Erde einbohrten

In Erwartung des Bieres

Amerikanische Hoffnungen auf baldigen Bierausgang.
Paris, 23. November.

Nach einem Telegramm des „Newport Herald“ aus Washington habe das Mitglied des Repräsentantenhauses Britton nach einer Vernehmung im Weissen Hause berichtet, daß Präsident Hoover keine Einwendungen gegen einen im Laufe der letzten Kongress-Sitzung eingebrachten Vorschlag auf den Ausschuss von Bier erheben werde, wenn Garantien gegen die Wiederkehr des Schandtrunkens gegeben würden. Britton selbst wünscht einen solchen Vorschlag auf Zulassung des Bieres einbringen. Die Meldung schließt mit der Hoffnung, daß man in Amerika schon den Verkauf von Bier wieder feiern können.

Erdbeben in Westdeutschland

Erdlöcher um Mitternacht. — Panik, aber kein Schaden
Düsseldorf, 21. November.

Durch einen heftigen Erdstoß in der Nacht zum Montag wurden die Bewohner des rheinisch-westfälischen Industriegebiets aus dem Schlafe geweckt. Die Erschütterungen, die nur kurze Zeit dauerten, riefen großen Schrecken hervor, doch wurde erheblicher Schaden nicht angerichtet. Das Beben wurde von Trier bis Emmerich verspürt. Auch in Holland und Belgien wurden die Erdlöcher wahrgenommen.

Von sachverständiger Seite wird erklärt, daß es sich um ein tektonisches Erdbeben gehandelt habe, das seinen Herd wahrscheinlich im Rheinland haben dürfte. Diese Annahme wird durch die Heidelberger Sternwarte bekräftigt, die mitteilte, daß der Herd des Bebens einige hundert Kilometer von Heidelberg zu liegen liege.

Arbeitsbeschaffung im Kreise Bittenberg.

Wieder einmal hatte Landrat Goltz Vertreter der Behörden, Verwaltungsstellen und Verbände des Kreises eingeladen, ihnen zu sagen, was in der letzten Zeit im Landstrich unternommen wurde, um den Arbeitswilligen Arbeit und Brot zu geben, soweit die vorhandenen Mittel es ermöglichen. Bei dem Amtsrat nahm Landrat Goltz Gelegenheit, alle für die Arbeitsbeschaffung in Frage kommenden Stellen auf die im Kreisgebiet herrschenden

Auf Antrag des Landwirts Ernst Höhne, des Jüngeren, in Remberg wird gemäß Kapitel I, §§ 11 ff das Vermittlungsverfahren zur Herbeiführung der Schuldenregelung eröffnet.
Zur Vermittlungsperson wird der Buchhalterleiter des Reichslandbundes, Zweigstelle Bittenberg, Matthias in Bittenberg, bestellt.
Remberg, den 21. November 1932.

Das Amtsgericht.

In der Zwangsversteigerungssache
des Landwirts Erich Voigt in Böfewig
wird der auf den 24. November 1932 anberaumte Versteigerungstermin
aufgehoben.
Remberg, den 17. November 1932.

Amtsgericht.

Wiener Operetten-Bühne

Hotel „Blauer Hecht“

Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr

Die große Schlageroperette

Wenn der weiße Flieder blüht

oder: „Dolly“. Operette in 3 Akten.

Musik — Gesang — Tanz.

Einheitspreis 50 Pfg. — Werbevorstellung

Niemerker Hüfnerschaft

Die Grabenräumung ist von den betr. Grundbesitzern und Pächtern innerhalb 8 Tagen zu erledigen, widrigenfalls es auf Kosten der Säumigen geschieht.

R. Höhne, Markenrichter

Nutzholzverkauf

der Oberförsterei Tornau b. Döben an der Mulde am 14. Dezember 1932 ab 10 Uhr im „Eisenhammer“, Neuer Einschlag.

Grenzhaus Jag. 96a Rie: 398 Stk. Langholz 2a = 15 fm, 2b = 52 fm, 2a = 100 fm, 3b = 82 fm, 4a = 26 fm, 4b = 29 fm, Abschnitt: 1b = 1 fm, 3a = 8 fm, 2b = 26 fm, 3a = 29 fm, 3b = 23 fm, 4a = 12 fm, 4b = 10 fm, 5 = 6 fm. Das Holz ist zirka 128jährig, teils gute Tischlereiware.
Rauchhaus Jag. 30b (Ausschieb) Rie: 246 Stk. Langholz 1b = 16 fm, 2a = 35 fm, 2b = 38 fm, 3a = 31 fm, 3b = 16 fm, 4b = 5 fm; Abschnitt: 2a = 10 fm, 2b = 14 fm, 3a = 12 fm, 3b = 7 fm, 4a = 6 fm, 4b = 1 fm, 5 = 2 fm. Holz ca. 110jährig, etwas Tischlereiware.
Tornau-Süd Schlag 44a Rie: 500 Stk. Langholz 1b = 9 fm, 2a = 63 fm, 2b = 108 fm, 3a = 61 fm, 3b = 23 fm, 4a = 4 fm, Abschnitt: 2a = 6 fm, 2b = 14 fm, 3a = 10 fm, 3b = 8 fm, 4a = 5 fm. Holz ca. 124jährig, etwas Tischlereiware.
Lutherslein Jag. 86a (Alter Einschlag) Ci: 14 Stk. RL 2 = 1,35 fm, RL 3 = 5,58 fm, RL 4 = 4,43 fm, Jag. 83a Ci: 2 m Tischscheit, 2,5 m lang (rund).
Schwemal Jag. 52a (Alter Einschlag) Ci: 7 m Tischscheit, 1 m lang, gelb. Berücksichtigung vorbehalten. Aufmaßlisten gegen Schreibgebühr bei Bestellung bis 30. November, Versand am 3. Dezember.

Weihnachtsbaum-Auktion, Köpflig!

Dienstag, den 6. Dezember, kommen von 10 Uhr an am Forthaus Köpflig Dicht an der Berlin-Leipziger Autostraße wie üblich gegen Verabreichung im Termin etwa



1000 Weihnachtsbäume

zum Angebot

Näheres beim Rentamt Burgtemmich.

Zahlungsbefehlsformulare

hat wieder vorrätig. Richard Arnold, Buchhandlung.

Arbeitsmöglichkeiten hinzuzuwenden und sie zur Inangriffnahme anzuregen. Und diese Anregung ist auf guten Boden gefallen. Überall regen sich die Hände, um neues Rattelnack zu erschaffen. Ein gangbarer Saft fließt in der Zwischenzeit geleistet worden. 620 Arbeiter waren in 33877 m² neuem Terrain tätig. Hingezogen ist nun noch der freiwillige Arbeitsdienst, der es sich zur Aufgabe macht, junge Leute wieder in den Arbeitsprozess einzurücken, den Geist zu schulen und Gemeinheitsgefühl zu pflegen.

Als erste Arbeitsstätte wurde das Schulheim-Arbeitsdienstlager in Straphöfen besichtigt. Hier hatte Altersgruppenleiter von Armin Räume zur Verfügung gestellt, die es ermöglichen, 20 junge Leute unterzubringen. Den Fahrlehrern waren Gelegenheitsarbeiten, die jungen Leute bei der Arbeit anzuwenden und sich anzueignen, sie immer wieder im Freizeidienst, doch für Arbeit und schaffen dürfen. (Arbeitgeber wird an Erwerbsebenen (Verbesserung des Sommerweges und des Straßengraben.)

Das Altkolonisationsgebiet bei Vetsch hat mehr als 50 Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit gegeben. Entworfen wurden hier ungefähr 1000 Meter Wege durch Ausbau des 14 Kilometer langen Bahndammes. In Verbindung hiermit wurde auch der Ausbau einer Straße vorgenommen. U. a. wurde ein Umfahrungen, der im Wasserlauf um 1 km verlagert. Jetzt wird bei Vetsch der Ausbau des Bahndammes, empfangen das alte Bett des Bienenbaches gehoben, der als Vorfluter für 4000 Morgen Weiden in Frage kommt.

In Oster ist das Elstertal neu ausgebaut worden und bei dieser Gelegenheit die Anlage zur Fährte um das Doppelte vergrößert. Von Oster aus ging es nun zu Vetsch durch den Herbstweg über die Weiden zur Arbeitstätte des Schulheim-Arbeitsdienstes Wartenburg am Wartebüchelweg. Hier besteht bei Hochwasser ständig die Gefahr, daß der Weg zum Lager fortgespült wird. 20 Mann schafften hier durch Fällarbeiten, Wäldchen und Sand eine Befestigung des Weges. Genauso wurde hier nun die Gelegenheit von der Güte des Elstertals abgesehen, das Fortschrittnehmen aus der gemeinsamen Arbeit gezogen wurde. Fast allen schmiedete der Weistich so gut wie bei Weiden, denn es wurde in den meisten Fällen der zweite Zug gefordert.

Hätte man bisher die geschlossenen Lager fernengelassen, so bot sich bei Kleinzerst ein offenes Lager dar, in dem die Leute mit der Ueberwachung eines alten Dorfkirchens beschäftigt werden. Ein weiteres offenes Lager befindet sich noch in Bereich Allgemein gefällene umgeben, das nur durch die Lage hindert, die Aufgaben zu lösen, die dem freiwilligen Arbeitsdienst zufallen.

Ein Arbeitslager ganz besonderer Art ist im Kurhaus in Vetsch untergebracht. Hier sollen sich 30 junge Mädchen befinden, die vom Vaterlandslager freigegeben werden. Arbeitsgelegenheit ist neben der Erziehung und Ausbildung nach Hausfrauenarbeit auch das Aufnahmehalten und Waschen der Kleidungsstücke der in den Arbeitsdienstlager untergebrachten Freiwilligen. Die Unterbringungsmöglichkeit für die jungen Mädchen ist ganz ideal; je zwei haben ihr Zimmer ganz wie im Pensionat.

Das größte Lager befindet sich gegenwärtig in Vab Schmiedeburg. Hier sind 50 Leute in den besten geeigneten Räumen des Arbeiterbades untergebracht, die sich gern der strengen Disziplin unterordnen. Träger des Dienstes ist der Einbleim. Beschäftigt werden die Leute mit dem Bau einer neuen Straße, die die Wohnungen der alten Straße am Aufwischsturm dornbeist, sowie mit Arbeiten in der Oberförsterei Sülzdamm.

Als letztes wurde unser im Ausbau befindliches Lager in Vetsch besichtigt, das nach Fertigstellung Raum für 50 Mann bietet. Es hat sich gezeigt, daß hier ein sehr gutes Lager geschaffen wurde, das mit seinen Räumen allen Anforderungen gerecht wird, die man an ein Lager stellen kann. — Die kurze zur Verfügung stehende Zeit ließ ein längeres Verweilen leider nicht zu, aber wir glauben, daß die reichliche Arbeitsleistung von den jungen Leuten auch ohne die Mühseligkeit der Güte verdrückt worden ist. Auf diese Weise ist man auf alle Fälle in dem möglichsten Maße ab der guten Verfassung.

Den Abschluß der Besichtigung bildete eine Ansprache an „Die jungen Weiden“ in Bittenberg. Landrat Goltz dankte hier noch einmal allen für das gezeigte Interesse und nahm Gelegenheit, die in einer Sitzung über das Lager Straßdorf gebrauchten Angriffe zurückzuweisen und richtig zu stellen. Es werden dort keine Arbeiten in gewohnter Art verrichtet. Die Arbeit ist dort keine mit, doch für die Arbeitsbeschaffung 120 000 RM aufgebracht worden und daß die Zahl der Unterbringungsplätze von 1200 auf 900 zurückgegangen sei. Ganz besonderer Erwähnung tut er noch einmal den freiwilligen Arbeitsdienst, durch den nicht nur der Körper, sondern auch der Geist gefordert wird. Jeder Arbeit und Sport gibt es auch Unterhalt in allen Formen des wirtschaftlichen Lebens. Mit der Bitte um Werbung neuer Freunde schloß er seine Ausführungen. Oberbürgermeister Wurm sprach den Dank und die Anerkennung der Teilnehmer aus. Den Schluß bildete eine Ehrerbekanntung des Kreisbauamtsleiters Schäfer. Er zeigte Maßnahmen aus dem Arbeitsgebiet der Beginn und nach Beendigung der Arbeiten, aus denen noch einmal sehr deutlich der Wert der geleisteten Arbeit hervorging. Viel ist schon geleistet, vieles ist noch zu tun notwendig. Namentlich ist ein weiterer organischer Ausbau der gesamten Einrichtungen.

Weitere Lager sind im Ausbau in Barnitz (Kreisbezirk Bittenberg) und in Rabitz (Kreis für Umfahrungen).

Schlachte Ziegen

und laufe jeden Vorken

Felle

Friedrich Annett, Töpferstr. 4

Für die sparsame Hausfrau!

Permalin, 1000 g Rg.	44 Pfg.
Permalin, 500 g Rg.	23 Pfg.
Zollentente, Viertelst. 22 Pfg.	
Zollentente, Stück 12 Pfg.	
Schmierseife, gelbgetönt 23 Pfg.	
Schmierseife, gutes G.	16 Pfg.
Schmierseife, Patent 22 Pfg.	
Bohnenmehl 1 Dole 42 Pfg.	
Schuhcrem. Dole nur 18 Pfg.	

Herbert Vohrman
Thams & Garfs
Niederlage

Sanger Grime Bühnen-Solerie

Zielung unüberbitteln am höchsten Dienst

Einschlus 50 Pfg.

Sole hat noch erhältlich bei

Richard Arnold, Buch- u. Papierhdlg.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Sopphetas 1 Str.

Reitsport-Berein Remberg

Am Sonnabend, den 26. November, abends 8 Uhr im Hotel Blauer Hecht

Winter-Bergnügen

wogu wir unsere Mitglieder hierdurch einladen Einladungsarten können beim Schriftführer Kurt Mengemien abgeholt werden.

Der Vorstand.



Weihnachts-Dekorationspapier

für Schaufenster-Dekorationen

Weihnachts-Anhänger

empfeht Richard Arnold, Buchhandlung

Truthühner und -Hähne

hat zu verkaufen Reinhold Krensch, Töpferstraße

Hobelbänke

sehr gut erhalten verkauft billig S. Gutheil, Maschinenbau

Wohnung

2 Stuben und Küche, zum 15. 12. zu vermieten Weinbergstraße 11

Die Beleidigung gegen Herrn D. Schuboth nehme ich hiermit zurück.

W. Müller II

Zu Weihnachts-Arbeiten

empfeht:

Handwerkstaschen

Laubsägekästen

Laubsägevorlagen

Laubsägeholz

Modellierbogen

Klebstoffe

Puppenstübentapete

u. v. m. billigst

Richard Arnold

empfeht Richard Arnold

Spielkarten

empfeht Richard Arnold

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifung nicht entgeltlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Preitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklameweile 40 Pfg., Ausstufungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.- Mk. das Quartals, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 139

Donnerstag, den 24. November 1932

34. Jahrg.

Stadtverordneten-Eigung am Freitag, den 25. Nov., abends 8 Uhr, im Rathaus. Tagesordnung

1. Berichtigung und Genehmigung der letzten Niederschrift.
2. Wahl von 2 Mitgliefern des Spartassen-Vorstandes auf Grund der neuen Spartassenzusatzung.
3. Nachmalige Beschlußfassung zur Trennung des Kirchen- und Schulamts.
4. Grundstücksverpachtungen.
5. Rennisnahmen.
6. Wahl von Prüfern für die Elektrizitätswerkstättenrechnung 1931.

Erbänenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlaßkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlaßkarten sind ungültig.
Kemberg, den 21. November 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

164]

H. Lubbe

Am 1. Dezember findet eine

Biehzählung

165]

Die Zählungsergebnisse dienen volkswirtschaftlichen und statistischen Zwecken. Wir bitten die Viehhalter, den mit der Zählung Beauftragten genaueste Auskunft zu geben. Viehverzeichnungslisten sind gratis.
Kemberg, den 22. November 1932.

Der Magistrat.

166]

Nachdem die Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorlages „Wählerblock“ vom 20. Dezember 1932 als Wahlvolker für das ausgetretene Magistratsmitglied Otto Schäfer durch schriftliche Erklärung vom 18. November 1932 den Oberbürgermeister u. D. Otto Schäfer bestimmt hat, wird derselbe gemäß §§ 9 Absatz 1 Satz 4, § 8 Satz 5, § 6 Absatz 1. und § 6 Absatz 8 des Gemeindewahlgesetzes vom 12. Februar 1924 als Ergänzung für das ausgeschiedene Magistratsmitglied Otto Schäfer festgesetzt.

Gegen die Gültigkeit der Bestimmung bezogen feststellen des Herrn Otto Schäfer als Ergänzung kann jeder Wahlberechtigter gemäß § 6 Absatz 3 binnen 2 Wochen nach Erscheinen der Bekanntmachung bei dem unterzeichneten Magistrat Einspruch erheben.
Kemberg, den 21. November 1932.

Der Magistrat.

Hitler erneut bei Hindenburg

Er soll Möglichkeiten der Regierungsbildungen feststellen.
Berlin, 21. November.

Der Reichspräsident empfing gestern vormittag erneut Adolf Hitler. Ueber diese Besprechung wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, hat der Herr Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der nächsten Partei des Reichsplanes ersucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Herr Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich zu übermitteln.

Bei diesem Empfang waren außer dem Parteiführer Hitler auch Reichsstaatspräsident Göring, ferner Hitlers persönlicher Adjutant Oberleutnant Brüdner, der Pressesekretär Dr. Dietrich und der Parteigenosse Schaub anwesend.
Die Unterredung dauerte etwa 20 Minuten, dann begab sich Hitler mit seiner Begleitung in das Hotel „Der Kaiserhof“ zurück.

Die präsidialen Vorschläge

Wie verlautet, hat Reichspräsident von Hindenburg den Auftrag an Adolf Hitler von folgenden fünf Punkten abhängig gemacht:

1. Die besondere Zusammensetzung des Kabinetts bedarf der Zustimmung des Reichspräsidenten.
2. behält sich der Reichspräsident das Recht besonderer Einwirkungen auf das Reichswahl- und das Außenministerium vor.
3. Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms.
4. Gewähr dafür, daß keine Rückkehr zum Dualismus Reich-Preußen erfolgt.
5. Keine Aenderung oder Abmilderung des Artikels 48.

Rückfragen Hitlers

Die Antwort Adolf Hitlers ist Montagabend 20 Uhr in Form eines Briefes an den Staatssekretär Dr. Meißner

in Büro des Reichspräsidenten überreicht worden. Der Abdruck des Briefes gingen, wie die Reichspressescheffe der NSDAP. mitteilt, eingehende Besprechungen Hitlers mit den führenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung und des iontischen öffentlichen Lebens voraus. Der Brief enthält eine Reihe von Rückfragen, die voraussichtlich im Laufe des Dienstags beantwortet werden.

Schwierigkeiten der Lage

Pessimismus im Lager der NSDAP.

Berlin, 23. November.

Dem Führer der NSDAP. wurde bereits am frühen Nachmittag die Antwort Hindenburgs auf seinen Fragebogen überreicht. In dieser Antwort wurden die Vortragen geklärt, von deren Beantwortung Hitler Annahme oder Ablehnung des Auftrags zu offiziellen Verhandlungen mit den Parteiführern abhängig machen wollte.
Die Antwort ist in durchaus freundlicher Tone gehalten. Sie erklärt erneut die Absichten des Reichspräsidenten, durch Hitler die Möglichkeit einer parlamentarischen Reichsregierung herbeizuführen. An ein Präsidialkabinet unter Hitlers Führung war nicht gedacht worden. Außerdem wird zum Ausdruck gebracht, daß der Reichspräsident eine möglichst rasche Lösung der Krise wünscht.

In Kreisen der NSDAP. zeigte sich eine pessimistische Auffassung über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung unter nationalsozialistischer Kanzlerschaft. Man äußerte die Meinung, daß eine solche Möglichkeit eventuell am Widerstand der Deutschnationalen gegen ein parlamentarisch abhängiges Kabinet scheitern könne. An sich würde zwar zur Reichsbildung im Reichstag die Zusammenfassung von NSDAP., Zentrum, Katholischer Volkspartei und Deutscher Volkspartei genügen, eine Coöppierung, die von den insgesamt 584 Reichstagsmitgliedern 297 auf sich vereint. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, soll auch erklärt haben, daß er sich unabhängig von der Haltung der Deutschnationalen durchaus freie Hand in der Frage der Regierungsbildung vorbehalte; dennoch könne es sein, daß die deutschnationale Gegenpartei gegen ein abermaliges parlamentarisch gebundenes Kabinet nicht nur auf die Deutsche Volkspartei, sondern auch auf andere maßgebende Stellen im Sinne des Nichtzustandekommens einer Reichsregierung Hitlers einwirken könnte. Als Argument gegen diese pessimistischere Auffassung wird in Kreisen der NSDAP. vor allem darauf hingewiesen, daß jetzt immer mehr Klagen kommen, daß auf die Dauer ohne oder gegen die NSDAP. eine Reichsregierung kaum möglich sei, zumal anzunehmen wäre, daß im Falle des Scheiterns einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung die NSDAP. wieder in die schärfste Opposition gehen würde.

Unter Hinweis auf den zweimaligen Empfang des früheren Reichsamtpräsidenten Dr. Schacht bei Adolf Hitler

ist man geneigt, die Möglichkeit einer Regierungsbildung

unter der Führung der NSDAP. zu bezweifeln. Man glaubt, daß die

nationalsozialistische Bewegung in der Lage ist, eine

Majorität im Reichstag zu bilden, wenn sie die Unterstützung

der Deutschnationalen und der Katholischen Volkspartei

erhalten kann. Man glaubt, daß die NSDAP. in der Lage ist,

die Unterstützung der Deutschnationalen und der Katholischen

Volkspartei zu gewinnen, wenn sie die Unterstützung der

nationalsozialistischen Bewegung erhält. Man glaubt, daß die

NSDAP. in der Lage ist, eine Mehrheit im Reichstag zu bilden,

wenn sie die Unterstützung der Deutschnationalen und der

Katholischen Volkspartei erhält. Man glaubt, daß die NSDAP.

in der Lage ist, die Unterstützung der Deutschnationalen und

der Katholischen Volkspartei zu gewinnen, wenn sie die Unterstützung

des Kabinetts der einzige Weg zur nationalen Konzentration ist. Auch die Beauftragung des nationalsozialistischen Führers Adolf Hitler geht auf die Anregung des Reichstags von Papen zurück.

Ebenso wie die verschiedenen Kombinationen über den Reichstagsler werden auch die in der Presse gemachten weiteren Behauptungen über

die Reihe „ostpreussischer Junker“ zum Reichspräsidenten als erfunden bezeichnet. Weder Kammerrath von Oldenburg-Januschau noch Herr von Berg-Martienen noch Freiherr von der Ditten sind

zu Besprechungen mit dem Reichspräsidenten nach Berlin gekommen, noch sind sie irgendwo eingeladen worden oder haben sich auf andere Weise mit dem Reichspräsidenten in Verbindung gesetzt.

Was die Kommentare zu dem Auftrage des Reichspräsidenten an Hitler betrifft, in denen kritisiert wird, daß die im Auftrag an Präsidialbedingungen geknüpft sei, die neu und überraschend seien, so wird dazu in Regierungskreisen festgestellt:

daß diese Bedingungen des Reichspräsidenten sich nur auf allgemeine Punkte beziehen und im wesentlichen lediglich eine Unterbreitung von Selbstverpflichtungen darstellen, da sie Dinge betreffen, die sich aus der Verfassung eigentlich von selbst ergeben.

Im übrigen ist es (sowohl beim Reichspräsidenten von Hindenburg als auch bei seinem Vorgänger) jedesmal üblich gewesen, bei einer Neubildung der Regierung gewisse Bedingungen zu geben und Grenzen zu ziehen.

Der „Angriff“

nimmt zu den Bedingungen Stellung, die der Reichspräsident an seinen Auftrag an Hitler geknüpft habe, und meint unter Bezugnahme auf diese, es sei nicht klar, weshalb es eine präsidiale oder eine parlamentarische Regierung gebildet werden sollte. Parlamentarische und präsidiale Elemente durcheinander gemischt und tiefen das ganze undurchsichtig erscheinen. Beispielsweise könne das Verlangen nach häufiger Ausschaltung des Dualismus zwischen Reich und Preußen nur von einer präsidialen Regierung, nicht von einer parlamentarischen garantiert werden. Man müsse es als einen Konstitutionsfehler bezeichnen, wenn von einer parlamentarischen Regierung, wie sie Hitler ja bilden sollte eine derartige Garantie gefordert werde. Den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten entspreche es ferner, daß der Reichstagsler bei der Zusammenlegung seines Kabinetts in personeller Hinsicht freie Hand habe. Diese Freiheit solle der Hitler entgegen werden. Die Forderung nach Vorlage eines Wirtschaftsprogramms sei eine Selbstverpflichtung und die NSDAP. warte ihrerseits schon lange auf die Möglichkeit, das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Tat umzusetzen. Das Blatt schließt: Alles in allem sieht man, daß schon der Versuch der Ausführung aller dieser Bedingungen den Auftrag Hindenburgs an Hitler in dieser Form undurchführbar machen würde.

Meinheits- oder Präsidialkabinet?

Nach dem Wunsch des Reichspräsidenten wird Hitler sich wohl jetzt entscheiden müssen, ob er den Versuch einer Mehrheitsregierung unternimmt.

Es haben auch schon Verhandlungen mit dem Zentrum durch Beauftragte Hitlers stattgefunden. Weiterhin hat nach Blättermeldungen der Herzog von Coburg den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg aufgesucht. Auch der frühere Reichsamtpräsident Dr. Schacht hat Dr. Hugenberg einen Besuch abgestattet.

Man nimmt in politischen Kreisen an, daß diese Besuche den Bemühungen einer Annäherung der beiden Parteien dienen sollten. Ueber den Inhalt der Besprechungen wird keine Mitteilung gemacht.

Sollte der Führer der NSDAP. den Auftrag des Reichspräsidenten zurückgeben, dann dürfte Hindenburg wohl den Zentrumsführer, den Prälaten Kaas, erlösen, daß dieser den Versuch zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung machen soll. In ein Gelingen eines solchen Versuches glaubt man in politischen Kreisen im allgemeinen nicht.

Als weitere Möglichkeit rückt dann die Frage eines Präsidialkabinetts in den Vordergrund der Erwägungen. Bei einer solchen Neubildung sind die Personalfragen besonders schwierig, weil die zu betreuenden Männer nicht nur das Vertrauen des Reichspräsidenten genießen, sondern auch angesichts der schwierigen Stellung, die ein neues Präsidialkabinet gegenüber dem Reichstag haben würde, von besonderem moralischen Gewicht sein müssen.

Wenn jetzt schon alle möglichen Männer für die Führung eines solchen neuen Präsidialkabinetts genannt werden, so ist das der Erwartung wohl vorzuziehen. Zunächst wäre noch eine ganze Reihe von politischen Verbindungen in den nächsten Tagen notwendig, die auch die Nationalsozialisten noch wiederholt vor Enttäuschungen stellen dürfte.



den ausländischen Journalisten zum Ausdruck gebracht.

In der entscheidenden Kabinettsitzung am 17. November hat der Kaiser als erster den Vorschlag der Gesamtdemission des Kabinetts gemacht, und dementsprechend dann auch am Nachmittag des 17. dem Reichspräsidenten Vortrag